

Kramer fordert eine „verbale Abrüstung“

Lengede Der Lengeder CDU-Chef mischt sich in Schulstreit ein.

Von Philip Najdzion

Lengedes CDU-Chef Michael Kramer mischt sich in die Debatte um die IGS in Lengede und die Schulpolitik ein. Dabei kritisiert er nicht nur die SPD und Lengedes Bürgermeister Hans-Hermann Baas (SPD), sondern auch seine eigenen Kreistagsfraktion.

Silke Weyberg hatte die IGS Lengede als Geburtsfehler bezeichnet. Laut Fraktionschef Hans-Werner Fechner sei die Lengeder Schule ein Beispiel für die Unausgewogenheit.

Die IGS sei keinesfalls ein Geburtsfehler, entgegnete Kramer, zugleich stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU im Kreistag. Er sehe in dem Streit um

IGS und Oberschule im Kreistag Zeichen des kommenden Wahlkampfes und mahne verbale Abrüstung an.

Hans-Werner Fechner, SPD-Fraktionschef im Kreistag, hatte der Union vorgeworfen, Haupt- und Realschulen für Oberschulen schließen zu wollen. Diese Argumentation sei doppelzünftig, meint dagegen Kramer. „Gleichzeitig wurde genau dies von der SPD Lengede für die eigene IGS getan“, so Kramer.

Hier seien eine anerkannte gut aufgestellte Realschule sowie die Hauptschule geschlossen worden. „Die ist schweren Herzens, aber



Michael Kramer.

Archivfoto

durch Überzeugung zum Bildungsstandort unserer Gemeinde auch von der CDU Lengede mit getragen worden. Die IGS Lengede leistet mit ihrem engagierten Kollegium zukunftsweisende Arbeit und bietet alle Schulabschlüsse bis zum Abitur an“, stellte Kramer klar.

Baas hatte nach der Kritik im Kreistag der CDU zudem vorgeworfen, mit der Wortwahl die Gräben zu vertiefen. Er stellt die Frage, ob sich bei den scharfen Attacken schlichtweg um Neid handle. Diesen Vorwurf wies Kramer ebenfalls zurück. Die SPD überschätze sich. „Die SPD

hat kein Vorrecht auf einseitige Schulformen, ein breitgefächertes, alternatives Bildungsangebot sei mit CDU-Unterstützung realisierbar. Kramer fordert für den Landkreis Peine einen umfassenden Schulentwicklungsplan – „wie ihn meine Fraktion schon seit Jahren annahmt.“

Einerseits werden bei Haushaltsfragen von der SPD immer wieder die immens gestiegenen Schülerbeförderungskosten von jetzt fast 7 Millionen Euro jährlich kritisiert, andererseits allerdings mit kreisweiten Taxi- und Busfahrten ein unübersichtlicher Schulbesuch von jedem Schüler in fast jede Schule garantiert. Eine Neuordnung sei hier dringend erforderlich.